



Gudrun Kopp

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ 030/227-73691

✉ 030/227-76691

✉ gudrun.kopp@bundestag.de

<http://www.gudrun-kopp.de>

Kopp, MdB: Gemeindefinanzkommission soll Kommunen entlasten

Detmold/ Kreis Lippe: 10. März 2010: "Die Forderung der IHK-Lippe zu Detmold nach Abschaffung der extrem konjunkturabhängigen Gewerbesteuer ist richtig!", kommentiert Gudrun Kopp, MdB, die jüngste Stellungnahme der IHK zu diesem Thema. Die Gewerbesteuer müsse endlich durch eine verlässliche und planungssichere Finanzierungsgrundlage ersetzt werden.

Die auf Bestreben der FDP von der Bundesregierung eingesetzte Gemeindefinanzkommission ist überfällig. Durch diese Dialogplattform wird den Kommunen erstmals eine Teilnahme auf Augenhöhe bei den für sie drängenden Problemen ermöglicht. Inzwischen nimmt nämlich der Einbruch bei den Einnahmen der Gewerbesteuer in vielen Städten und Gemeinden ein bedrohliches Ausmaß an. In Nordrhein-Westfalen betrug der Rückgang im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt 22,4 %. Insgesamt verringerten sich die Gewerbesteuereinnahmen in NRW um 2,1 Mrd. Euro. Um die Einnahmen der Kommunen verlässlicher zu gestalten, soll nach liberalen Vorschlag die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer ersetzt werden.

Große Probleme bereitet unseren Städten und Gemeinden zudem die seit Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung durch den Bund bei den Sozialausgaben. So stiegen allein die Kosten der Unterkunft (beruhend auf der Hartz IV-Gesetzgebung des Bundes) für die Kommunen von 2007 - 2010 um über 20 %. Auch in anderen Bereichen bundesseitig veranlasster Sozialausgaben wie der Grundsicherung für Ältere und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen werden die Kommunen zu stark belastet. Solche gesamtgesellschaftlichen sozialen Risiken sind nicht originäre Aufgaben der Kommunen. Es wird daher Zeit für eine Änderung auch in diesem Bereich.

"Ich erwarte daher, dass die erwähnte Gemeindefinanzkommission auch Lösungen für die Sicherung solcher notwendigen Sozialleistungen erarbeitet", betont Kopp. Ziel müsse eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und kommunaler Familie sein.